



## Informationsbrief des MIT-Bundesvorsitzenden

- an die MIT-Vorsitzenden der Gliederungen
- an den PKM z.K.
- an den MIT-Bundesvorstand z.K.

Berlin, 18. Februar 2009

## Informationen zur MIT-Bundesvorstandssitzung vom 16. Februar 2009 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie mit diesem Informationsbrief über die wichtigsten Ergebnisse der zurückliegenden MIT-Bundesvorstandssitzung in Berlin informieren.

- **Mit wirksamen Maßnahmen auf Konjunkturkrise reagieren** – Die aktuelle Konjunkturkrise nahm erwartungsgemäß einen großen Raum in der zurückliegenden Bundesvorstandssitzung ein. Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann stellte dar, dass derzeit nicht eine, sondern gleich drei Krisen parallel wirken. Dies sind die Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten, der wirtschaftliche Abschwung in der Realwirtschaft und eine klassische Strukturkrise in bestimmten Branchen. Diese drei Krisen sind international und stehen in Abhängigkeit zueinander. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Konjunkturprogramme I und II wirklich die erhoffte Wirkung entfalten. Nicht alle Maßnahmen innerhalb der Konjunkturprogramme haben den nötigen Nachhaltigkeitseffekt. Aus Sicht der MIT wäre das beste konjunkturpolitische Instrument eine spürbare Steuerentlastung für untere und mittlere Einkommen gewesen. Mit Unterstützung der CSU konnte diese Forderung zumindest mit einem Volumen von 9 Mrd. Euro umgesetzt werden.
- **Superwahlkampfjahr 2009** – Der MIT-Bundesvorstand kam mit Joachim Koschnicke, dem Bereichsleiter für strategische Planungen der CDU, ins Gespräch. Dieser informiert über die geplanten Kampagnen zum Bundestagswahlkampf. Das gemeinsame Ziel lautet: Schwarz-Gelbe Koalition. Der Spitzenkandidat der Union für Europa ist Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP. Ein gemeinsamer Wahlauftritt der CDU/CSU erfolgt am 25. Mai 2009. Das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl wird gemeinsam mit der CSU erarbeitet und vorgestellt. In der anschließenden Diskussion machte Dr. Schlarmann und der MIT-Bundesvorstand deutlich, dass die Themen Wirtschaft und Finanzen zentrale Punkte des Wahlkampfes sein werden. Hier liegt die Kernkompetenz bei der MIT. Sie müsse deshalb in die inhaltliche Planung eingebunden werden. Die MIT fordert, dass im Wahlprogramm der Union nachstehende Aussagen getroffen werden: Nein zu mehr Staatswirtschaft, Stärkung der Privatwirtschaft, eine klare Absage an mehr Staatsverschuldung, Nein zu Enteignungen sowie eine spürbare und nachhaltige Steuerentlastung.





■ **Blick auf die Union – ein Journalist spricht Klartext** – Der zukünftige stellv. Chefredakteur der WirtschaftsWoche, Henning Krumrey, besuchte den MIT-Bundesvorstand auf seiner Sitzung. Nach seiner Auffassung ist der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ stark beschädigt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass dieser Begriff von der Politik in der Vergangenheit in falschen Zusammenhängen ge- und missbraucht wurde. Mit Blick auf die Union stellte er fest, dass nur noch 3 Mittelstandspolitiker der Union in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sind: Dr. Josef Schlarmann, Dr. Michael Fuchs und Dr. Hans Michelbach. Ziel der MIT sollte es sein, sich auf die Veränderung der Politik zu konzentrieren. Dr. Josef Schlarmann steht für klare Positionen. Dies ist die beste Grundvoraussetzung, sich als MIT stark zu positionieren und auch von der Union ein erkennbares wirtschaftspolitisches Profil einzufordern. Das Fazit der Diskussion war sehr deutlich: die MIT hat in den zurückliegenden Monaten weiter an Standfestigkeit gewonnen. Sie spricht den bürgerlichen Mittelstand an und erreicht über die MIT-Kreis- und Landesverbände zahlreiche Bürger aus der Mittelschicht. Hierbei wirken die vielen Aktiven in den Landes- und Kreisverbänden mit. Das Erfolgsrezept der MIT bleibt der Grundkonsens über politische Positionen. Es ist ein großer Wert für die MIT, dass innerhalb der Vereinigung mit einer Sprache gesprochen wird und man die Interessen des Mittelstandes mit gemeinsamen Forderungen auf allen Ebenen vertritt.

■ **Patientenschutz-Richtlinie der EU** - Die MIT hat auf Vorschlag der Gesundheitskommission, welche von Dr. Rolf Koschorrek MdB und Hans-Peter Küchenmeister geleitet wird, eine Stellungnahme zur Patientenschutz-Richtlinie einstimmig angenommen. Darin begrüßt die MIT grundsätzlich den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (KOM(2008) 414) und unterbreitet konkrete Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung.

■ **MIT-Positionen zur Europawahl 2009** - Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Kommission Europapolitik, Dr. Christoph Konrad, MdEP hat sich der MIT-Bundesvorstand mit Positionen der MIT zur Europawahl befasst. Grundsätzlich wurde dem Positionspapier einstimmig zugestimmt. Am 4.3.2009 wird die Energiekommission zum Kapitel „Energiepolitik“ des Positionspapiers abschließend beraten. Sobald diese inhaltliche Abstimmung im März 2009 erfolgt ist, können die MIT-Vereinigungen das 14-Punkte-Papier auf der Homepage [www.mittelstand-deutschland.de](http://www.mittelstand-deutschland.de) einsehen.

■ **Nein zu Enteignungen** - Auf Vorschlag des Bundesschatzmeisters Peter Jungen hat der MIT-Bundesvorstand einstimmig dem Initiativantrag „Nein zu Enteignungen“ zugestimmt. Mit dem Beschluss wendet sich die MIT grundsätzlich gegen Enteignungen und fordert die Bundesregierung auf, alles zu tun, damit Enteignungen vermieden werden.





- **Steuerreform anpacken** – Der Antrag von Peter Jungen zum Thema „Steuerreform anpacken“ wurde vom MIT-Bundesvorstand einstimmig angenommen. Darin unterstützt die MIT Bundeskanzlerin Dr. Merkel ausdrücklich in ihrer Haltung, eine Steuerreform, vor allem eine Einkommensteuerreform, unverzüglich anzupacken und in 2010 umzusetzen.
- **Mittelstand stärken** - Auf Vorschlag von Christian Freiherr von Stetten, MdB hat der MIT-Bundesvorstand eine Resolution zur Stärkung des Mittelstandes verabschiedet. Darin fordert die MIT die Bundesregierung auf, die im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 getroffenen krisenverschärfenden Regelungen gezielt nachzubessern. Die steuerliche Verrechnung von Verlusten bei einem Gesellschafterwechsel soll umgehend auch für alle privaten Unternehmen gewährt werden. Die Zinsschranke soll abgeschafft werden und die Hinzurechnungsvorschriften bei der Gewerbesteuer sollen allgemein auf 15 Prozent gesenkt und der Freibetrag für die Hinzurechnungen auf 200.000 Euro verdoppelt werden. Anstatt die Liquiditätsreserven der Unternehmen in dieser akuten Wirtschaftslage für die Begleichung zusätzlicher Steuerschulden einsetzen zu müssen, sollte der Mittelstand in die Lage versetzt werden, diese Mittel für notwendige Umstrukturierungen oder die Überbrückung von Verlustzeiten investieren zu können.
- **Nationale Akkreditierungsstelle** - Auf Antrag des hessischen MIT-Landesvorsitzenden Edwin Balzter wurde dem Bundesvorstand ein Antrag für eine „Nationale Akkreditierungsstelle“ vorgelegt. Darin soll sich die MIT dafür aussprechen, dass die heute existierenden 20 Prüfungs- und Zertifizierungsstellen zu einer nationalen Akkreditierungsstelle zusammengeführt werden. Die Schaffung einer eigenständigen Behörde für diesen Aufgabenbereich, wie es das Bundesgesundheitsministerium fordert, lehnt die MIT ab. Dies schafft unnötige Bürokratie und Kosten. Es wurde vereinbart, dass der Antrag mit einer Begründung ergänzt und vom Bundesvorstand im Umlaufverfahren beschlossen wird. Sobald das Verfahren abgeschlossen ist, kann der Beschlusstext unter [www.mittelstand-deutschland.de](http://www.mittelstand-deutschland.de) eingesehen werden.
- **Kurz und Bündig** - Norbert Lehmann-Ehlert wurde vom MIT-Bundesvorstand als neuer MIT-Landesvorsitzender Berlin begrüßt. \* Dr. Michael Wegner wurde für die gute Zusammenarbeit als ehemaliger Berliner MIT-Landesvorsitzender gedankt. \* Ralf Bornkessel, MdL stellte sich als amtierender MIT-Landesvorsitzender Thüringen im Bundesvorstand vor. \* Die neue Geschäftsführerin der MIT Baden-Württemberg, Susanne Gruber und die neue stellvertretende MIT-Landesvorsitzende Petra Jouaux nahmen zum ersten Mal an der MIT-Bundesvorstandssitzung teil und wurden herzlich begrüßt.



Wir hoffen, wir konnten Ihnen mit dieser Zusammenfassung hilfreiche Informationen zukommen lassen. Es grüßen Sie herzlich,

Ihr

Dr. Josef Schlarmann  
MIT-Bundesvorsitzender

Hans-Dieter Lehnen  
Hauptgeschäftsführer